
WEGE ZUR VOLLBESCHÄFTIGUNG

45 Autoren, Verlag für
Gesellschaftskritik, Wien 1985, 223 S.

Die wirtschaftliche Entwicklung Österreichs seit Beginn der 80er Jahre ist durch eine Reihe krisenhafter Erscheinungen geprägt, die sowohl auf inländische als auch ausländische Einflüsse zurückzuführen sind. Die durchschnittliche Arbeitslosenraten haben sich gegenüber den vergangenen „goldenen 70er Jahren“ mehr als verdoppelt, die realen Arbeitseinkommen stagnieren, die Verstaatlichte Industrie wird immer mehr zu einem Faß ohne Boden. Selbst drastische „Konsolidierungsmaßnahmen“ konnten ein Ansteigen des Brutto-Budgetdefizits auf über 100 Milliarden Schilling für 1986 nicht verhindern. Nicht einmal der vielgerühmte soziale Frieden, innerhalb dessen unterschiedliche Meinungen ausgeglichen werden konnten, ist nach „den Ereignissen von Hainburg“ ohne blaue Flecken davongekommen. Diese Aufzählung ist keineswegs vollständig und kann durch weitere Beispiele aus allen wirtschaftlichen Bereichen ergänzt werden.

Diesen Schwierigkeiten ist gemeinsam, daß sie gegenüber noch vor wenigen Jahren erfolgreichen wirtschaftspolitischen Maßnahmen zunehmend resistent werden bzw. erfolgversprechende wirtschaftspolitische Aktivitäten aus unterschiedlichsten Gründen unterlassen werden (müssen) oder nur mit größten Anstrengungen und Kosten durchgesetzt werden können. Die Projekte Hainburg und Dorfertal bzw. das Internationale Konferenzzentrum sind exemplarische Beispiele für dieses Phänomen.

Nun sind weder wirtschaftliche Krisen noch wirtschaftspolitische Fehlschläge auf Österreich beschränkt, sondern weltweit zu beobachten. Ebenso weit verbreitet ist daher auch die Suche nach alternativen, besser geeigneten wirtschaftspolitischen Konzepten. Eine Alternative, die bis jetzt am deutlichsten, von Reagan, Thatcher und Kohl in die Tat umgesetzt wurde, lautet: Mehr Markt und weniger Staat. Für alle, die diesen Weg nicht goutieren, wird es immer unglaublicher nur auf dessen steinigem Verlauf zu verweisen. Außerdem sind in den USA und der BRD unzweifelhaft wirtschaftliche Aufschwungstendenzen im Gange, die darauf hinweisen, daß die dynamische Kraft kapitalistischer Wirtschaften bei weitem nicht erschöpft ist. Es genügt daher auch nicht mehr, die Millionen neuer Arbeitsplätze in den USA damit zu diskreditieren, daß sie überwiegend in schlechtbezahlten Dienstleistungssektoren zu finden sind. Das erinnert zu sehr an die Fabel vom Fuchs und den sauren Trauben.

In diesem Sinn ist es bereits zu begrüßen, daß die „Wege zur Vollbeschäftigung“ überhaupt als Publikation vorliegen. Das große Interesse, das der Erarbeitung sozial- und wirtschaftspolitischer Alternativen für Österreich entgegengebracht wird, ist damit zweifach dokumentiert. Zum einen ist bereits kurz nach Erscheinen die erste Auflage vergriffen und zum anderen haben immerhin 45 Sozialwissenschaftler unzählige und unbezahlte Stunden für das Zustandekommen dieser Publikation aufgewendet. Insoweit der Weg ein Ziel ist, haben die Autoren dieses erreicht. Die „Wege zur Vollbeschäftigung“ stellen sich aber einem ehrgeizigeren Anspruch, nämlich „... mit einer Aufarbeitung der wirtschaftlichen und sozialen Situation der letzten zehn Jahre zu beginnen, um darauf gestützt, Bestandteile eines Maßnahmenkatalogs zu entwerfen.“ Gerade um einen Beitrag zum Gelingen dieser Aufgabe zu lei-

sten und eventuelle Anregungen für die weitere Arbeit an diesem Projekt zu liefern, wird der Schwerpunkt dieser Buchbesprechung auf konstruktiver Kritik liegen.

Ein unvermeidliches Problem für alle, von mehreren Autoren verfaßten Arbeiten, besteht in der Gefahr von Heterogenität und Inkonsistenz. Dies trifft auf die „Wege zur Vollbeschäftigung“ besonders zu. Im Gegensatz zu traditionellen Autorenkollektiven haben ihre Verfasser nicht das Privileg, einer einheitlichen politischen Richtung anzugehören, sondern setzen sich aus unabhängigen Linken, Sozialdemokraten, Kommunisten und Grünen zusammen. Diese politische (begrüßenswerte) Heterogenität wird zudem durch eine inhaltliche Gliederung überlagert, die es mit sich bringt, daß unbequeme Beobachtungen, Konsequenzen und schwer beweisbare Annahmen einfach externalisiert werden, d. h. einer expliziten Erörterung im konkreten Zusammenhang entzogen werden. Dies fällt besonders bei den Forderungen nach Umverteilung, expansiver Budgetpolitik, Sicherung der Finanzierung der Sozialversicherungen, Arbeitszeitverkürzung und Umweltschutz auf. Besonders kraß ist dabei die Vernachlässigung bzw. Geringschätzung der Abhängigkeit Österreichs von außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Solange mehr als die Hälfte des privaten Konsums importiert wird und beinahe die Hälfte der Nachfrage nach österreichischen Produkten aus dem Ausland kommt, ist es zuwenig, bei außenwirtschaftlichen Problemen das unvermeidliche Argument der Verfolgung Österreichs durch internationale Konzerne aus dem Keller zu holen. Gerade ein kleines Land wie Österreich profitiert von der internationalen Arbeitsteilung durch den Import von billigeren Gütern als im Inland erzeugt werden könnten und dem Export von Gütern, die im Inland keine Nachfrage finden. Eine Verringerung der außenwirtschaftlichen Verflech-

tung Österreichs, wie sie von den Autoren der „Wege zur Vollbeschäftigung“ propagiert wird, mag zwar Konjunkturschwankungen verringern, gleichzeitig sind aber sowohl reale Konsum- als auch Einkommensreduktionen zu erwarten.

Kaufkraftorientierte Lohnerhöhungen (Umverteilung), expansive Budgetpolitik und Arbeitszeitverkürzungen finden für ein so außenhandelsverflochtenes Land wie Österreich dort ihre Grenze, wo die Leistungsbilanz in Unordnung gerät. Protektionistische und autarkiefördernde Maßnahmen können diese Grenze zwar verschieben, aber eben nur um den Preis oben erwähnter Wohlfahrtsverluste. Diese Auseinandersetzung ersparen sich die „Wege zur Vollbeschäftigung“.

Etwas salopp wird auch mit Ansprüchen an den „Staat“ umgesprungen, von dem wahre Wunder erwartet werden. Neben einer expansiven Budgetpolitik im allgemeinen reicht die Liste der Forderungen von der Technologiepolitik bis zur Sanierung von Pensions- und Sozialversicherungen, wobei kaum ein Lebensbereich (Bildung, Gesundheit, Umwelt, Energie, Arbeitswelt, Frauen) ohne umwälzende staatliche Maßnahmen bzw. Subventionen auskommt. Das stört umso mehr als auf der anderen Seite gegenwärtigen Bemühungen des Staates sowohl in Quantität als auch Qualität wenig Vertrauen entgegengebracht wird. Eine Analyse des Versagens öffentlicher Dienstleistungen im Sinne des Vorwortes von Peter Fleissner und Karl Stuhl fehlt vollständig. Viele Forderungen an den Staat tragen daher den Charakter eines „deus ex machina“, der die Wirklichkeit per Dekret verändern soll.

Ähnlich unbefriedigend ist das Festhalten an der funktionalen Einkommensverteilung (Löhne und Gewinne) als Zielgröße der Wirtschaftspolitik. Lohneinkommen wird generell als „gutes“ und Gewinneinkommen als „schlechtes“ Einkommen betrachtet.

Gerade in Hinblick auf den zukünftigen Finanzierungsbedarf im Bereich der Industrie, des Umweltschutzes und der Altersversorgung wäre hier eine differenziertere Analyse ratsam.

Diese Schwächen der „Wege zur Vollbeschäftigung“ sind meiner Meinung auf eine falsche Analyse der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage in Österreich zurückzuführen. Der Leser gewinnt den Eindruck, daß die Autoren Österreich als eine reife kapitalistische Wirtschaft betrachten, in der der Staat die Interessen der Unternehmer sichert. In diesem Sinn hätte der Kapitalismus seine historische Schuldigkeit getan und es wäre an der Zeit die „Bedingungen für notwendige systemverändernde Schritte (angesichts der auch dann perspektivisch zu er-

wartenden Probleme) zu gewährleisten“ (S. 60).

Ich hege große Zweifel, ob das tatsächlich der Fall ist. Ein Großteil kapitalistischer Aktivitäten (Einführung neuer Technologien, Erschließen neuer Märkte, Übernahme von Risiken) in Österreich wird entweder von ausländischen Unternehmen oder dem Staat durchgeführt. Der heimische Kapitalismus steckt eher in den Kinderschuhen. Es ist daher eine offene Frage, welche Wirtschaftsform der Entwicklung der österreichischen Wirtschaft und Gesellschaft in der Zukunft am besten dient.

Die „Wege zur Vollbeschäftigung“ provozieren mehr Fragen als sie beantworten. Es bleibt daher zu wünschen, daß es nicht dabei bleibt.

Andreas Wörgötter